

★ TOP



Wirtschaftsminister Altmaier fordert von der Energiewirtschaft mehr Anstrengung zur Digitalisierung. (Foto: ZVEI)

ENERGIESEKTOR

Altmaier beklagt schleppende Digitalisierung

Berlin (energate) - Die Digitalisierung der Energiewirtschaft ist noch nicht dort, wo sie sein könnte. Das bemängelte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bei der zweiten Jahreskonferenz der "Schaufenster intelligente Energie" (Sinteg) in Berlin. Als er im Jahr 2012 das Amt des damals für Energie zuständigen Umweltministers übernommen habe, gab es im Ministerium die Hoffnung, dass der Energiesektor der Vorreiter der Digitalisierung der deutschen Wirtschaft werden könne. Viele innovative Modellprojekte hätten diese Hoffnung genährt, so Altmaier. Heute, sechs Jahre später, müsse man aber ernüchert feststellen, dass sich die Energiewirtschaft keineswegs zum Motor der Digitalisierung entwickelt habe. Im Gegenteil: "Andere Sektoren sind weiter und die Energiebranche muss aufpassen, dass Sie nicht den Anschluss verliert", mahnte Altmaier.

Mit diesem Appell rüttelte der Minister auch am Selbstverständnis der Branche. In einer Umfrage, die Ende 2017 veröffentlicht wurde, zeigten sich mehr als 70 Prozent der befragten Energieversorger davon überzeugt, bei der Digitalisierung gut aufgestellt zu sein. Das widerlegte eine Studie des Wirtschaftsministeriums, die ebenfalls Ende 2017 erschien. Danach erreicht die Energiewirtschaft bislang nur einen mittelmäßigen Digitalisierungsgrad. So erlöste bis dahin jedes zweite Unternehmen noch keinerlei digitale Umsätze. Telekommunikations-, Finanz- und Versicherungsbranche sind hier schon weiter und auch die Automobil-

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Altmaier beklagt schleppende Digitalisierung 1

🏠 POLITIK

Gebäudeenergiegesetz geht in die zweite Runde 2

Energieeffizientes Bauen entlastet öffentliche Kassen 2

Altmaier erteilt Kapazitätsmarkt eine Absage 3

Neue Mitglieder im VKU 3

🏢 UNTERNEHMEN

Stadtwerke Schopfheim machen Badenova Konkurrenz 3

VKU legt Leitfaden für Nachhaltigkeitsberichte vor 4

Akasol-Aktie soll bis zu 125 Mio. Euro bringen 4

Umweltorganisationen kritisieren Unipers Gasgeschäfte 4

Energy App Provider holt Accenture-Manager 5

♥ STROM

BDEW und Ministerium diskutieren Versorgungssicherheit 5

Koalition einigt sich bei EEG-Ausschreibungen 5

Mittelstand faul beim Stromwechsel 6

🔥 GAS & WÄRME

Baustart für Verbundtrasse Westeifel 6

Sicherheit der Groninger geht vor Versorgungssicherheit 6

Naftogaz nimmt weitere Gazprom-Aktiva ins Visier 7

🌟 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Rheinenergie: Innovationen als "Challenge" 7

Deutsche scheuen smartes Zuhause 8

📈 MARKTDATEN

9

🔔 ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

wirtschaft und der Maschinenbau ziehen bei der Digitalisierung an der Energiebranche vorbei. "Das ist kein Geheimnis mehr", erklärte Altmaier.

Sinteg-Projekte geben Einblick in Schwierigkeiten

Die fünf vom Wirtschaftsministerium geförderten Sinteg-Projekte sollen daran etwas ändern. Sie sind als Reallabore für die digitale Energiewende konzipiert. Ein Jahr nach dem offiziellen Start des

Programms gaben die Leiter der Projekte aber Einblicke in die Schwierigkeiten, die ihnen seitdem begegneten. "Die Fähigkeit zu kooperieren und eine Offenheit für Innovationen müssen gegeben sein", sagte beispielsweise Ulf Brommelmeier, Leiter des nordwestdeutschen Sinteg-Projekts "Enera". Albrecht Reuter vom süddeutschen Projekt "C/Sells" bemängelte die weiterhin ausstehende Zertifizierung von Smart-Meter-Gateways. "Das stellt uns vor eine harte Motivationsprobe", erklärte er. Außerdem vermisst er wirksame Flexibilisierungsanreize. In diesem Punkt gab er den Spielball zurück an Minister Altmaier. /cs

Von Christian Seelos

POLITIK

RESSORTABSTIMMUNG

Gebäudeenergiegesetz geht in die zweite Runde

Berlin (energate) - Das federführende Bundeswirtschaftsministerium erarbeitet derzeit einen neuen Entwurf für ein Gebäudeenergiegesetz. Dieser soll in Kürze in die Ressortabstimmung gehen, erfuhr energate aus Regierungskreisen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte die Bundesregierung einen ersten Entwurf für ein Gebäudeenergiegesetz vorgelegt, dieser scheiterte jedoch am Widerstand aus der Union. Das Gebäudeenergiegesetz soll die gesetzlichen Bestimmungen zum Wärmemarkt vereinheitlichen und insbesondere die Regeln des Energieeinspargesetzes samt Energieeinsparverordnung (Enev) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) zusammenführen.

Enev 2016 wird fortgeschrieben

Der neue Entwurf enthält dem Vernehmen nach eine wesentliche Änderung. So sieht die aktuelle Gesetzesvorlage - so wie es Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben - keine weitere Verschärfung der energetischen Anforderungen an neue Gebäude mehr vor. Stattdessen soll das Niveau der Enev 2016 fortgeschrie-

ben werden. Ansonsten entspreche der Vorschlag des Wirtschaftsministeriums in großen Teilen dem früheren Gesetzentwurf.

Bei der Verabschiedung des Gesetzes ist Eile geboten. Denn bis spätestens zum 1. Januar 2019 muss die Bundesregierung einen Niedrigst-Energiestandard für neue Gebäude in öffentlicher Hand festlegen. Das verlangt die europäische Gebäuderichtlinie. Die Bundesregierung will hier einen Wert von 56 kWh pro Quadratmeter und Jahr festschreiben. Der EU-Kommission schwebt allerdings eine weitaus anspruchsvollere Marke von etwa 30 kWh pro Quadratmeter und Jahr vor. Ob die Bundesregierung mit ihrem Vorschlag durchkommt, ist daher offen.

Primärenergiefaktoren werden ausgeklammert

Bei der regierungsinternen Ressortabstimmung dürfte unterdessen vor allem die Neujustierung der Primärenergiefaktoren für Diskussionen sorgen. Diese bilden das Verhältnis der eingesetzten Energieträger Kohle, Gas und Öl zum Endenergieverbrauch des Gebäudes ab. Ihre Neuregelung ist zwischen verschiedenen Branchenvertretern höchst umstritten. Die zuständigen Ministerien, neben dem Wirtschafts- ist das vor allem das jetzt für Bau zuständige Innenministerium, werden dieses Thema daher höchstwahrscheinlich in eine später folgende Verordnung auslagern. /cs

Von Christian Seelos

KFW-PROGRAMME

Energieeffizientes Bauen entlastet öffentliche Kassen

Frankfurt/Main (energate) - Die KFW-Förderprogramme für energieeffizientes Bauen und Sanieren führen zu Netto-Mehreinnahmen in den öffentlichen Kassen. Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen wurden im Jahr 2016 um schätzungsweise 10,6 Mrd. Euro entlastet, teilte die staatliche Förderbank mit. Das zeige ein Gutachten des Forschungszentrums Jülich im Auftrag der KfW. Jeder investierte Euro wirke demnach wie ein Multiplikator und führe zu einer Netto-Entlastung der öffentlichen Kassen um 3,8 bis 5,4 Euro. Aus den geförderten Investitionen verbuchten

Utility 4.0® Lösungen

Erfolg durch Kundenorientierung: Mit den maßgeschneiderten Lösungen von prego services meistern Sie die Herausforderungen des Energiemarkts!

Lernen Sie auf dem BDEW Kongress 2018 unsere Utility 4.0® Lösungen kennen!
13.-14. Juni 2018, STATION-Berlin

Mit dem Energiemarktdienstleister prego services Utility 4.0® einfach und nachhaltig umsetzen!
Erfahren Sie mehr unter: utility.prego-services.de

prego.
services

diese zum Beispiel Mehreinnahmen aus der Umsatz-, Gewinn- oder Lohnsteuer. Auf der anderen Seite können sich Entlastungen einstellen, wenn beispielsweise Arbeitslose durch die Programme in Beschäftigung gekommen sind. Für das Jahr 2016 hat der Bund Mittel in Höhe von 1,95 Mrd. Euro für Zinsverbilligungen und Zuschüsse bereitgestellt. Darüber wurden Investitionen in Höhe von 45 Mrd. Euro gefördert. Die vollständige Programmevaluation hat die KfW im Internet veröffentlicht. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

KRAFTWERKSVERGÜTUNG

Altmaier erteilt Kapazitätsmarkt eine Absage

Berlin (energate) - Die Hoffnung auf einen Kapazitätsmarkt erhält unter Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) keine neue Nahrung. Der Energy-only-Markt sei der beste Weg, um die Flexibilisierung des Energiesystems voranzubringen, sagte Altmaier in Berlin. Das habe sein Vorgänger Sigmar Gabriel (SPD) so gesehen und daran wird sich auch unter ihm offenbar nichts ändern. Vielmehr setzt der CDU-Politiker darauf, dass sich neue Flexibilitätsoptionen schneller entwickeln als von vielen gedacht. Das gilt insbesondere für Batteriespeicher. "Wir werden in wenigen Jahren in der Lage sein, Batterien für fast alle Anwendungen zu nutzen, sogar für den Flugverkehr", so Altmaier. Neue milliardenschwere Fördertöpfe werde es daher nicht geben. Vor allem der BDEW hatte unter dem neuen Wirtschaftsminister auf eine wiederbelebte Debatte über die Vergütung gesicherter Leistung gehofft. Altmaier kündigte zudem an, die Netzbetreiber beim Leitungsausbau stärker in die Pflicht zu nehmen. "Diejenigen, die nicht vorankommen, müssen erklären, warum das so ist." Dazu will der Minister noch vor der parlamentarischen Sommerpause Gespräche mit der Bundesnetzagentur aufnehmen. Ziel sei ein umfassenderes Monitoring zum Netzausbau. /cs

Von Christian Seelos

+++ KURZ NOTIERT +++

Neue Mitglieder im VKU

Berlin (energate) - Die Gasnetz Hamburg GmbH ist jetzt Mitglied im VKU. Auf seiner Vorstandssitzung in Berlin habe der Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft insgesamt fünf neue Mitglieder aufgenommen, teilte der VKU mit. Neben Gasnetz Hamburg handelt es sich dabei um den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg, den Landkreis Schweinfurt, die Nordwasser GmbH aus Rostock und den Zweckverband ASM Abwasser- und Servicebetrieb Mainspitze. /tc



UNTERNEHMEN

REKOMMUNALISIERUNG

Stadtwerke Schopfheim machen Badenova Konkurrenz

Schopfheim (energate) - Die baden-württembergische Stadt Schopfheim hat eigene Stadtwerke gegründet. Die entsprechenden Verträge hat die Stadt gemeinsam mit ihren beiden Partnern unterzeichnet. Die benachbarten Stadtwerke Säckingen und der badische Stromnetzbetreiber Energiedienst hatten sich zuvor zu einer Bietergemeinschaft zusammengeschlossen und den Zuschlag erhalten. Die knapp 20.000 Einwohner zählende Stadt wird mit 51 Prozent die Mehrheit halten, Säckingen und Energiedienst teilen sich die restlichen 49 Prozent paritätisch. Als erstes wird sich das neue Unternehmen auf die Gaskonzession bewerben, die in Kürze ausgeschrieben wird. Die Konzession liege aktuell beim Versorger Badenova, erläuterte ein Unternehmenssprecher von Energiedienst auf energate-Nachfrage. Die Stromkonzession halte indes sein eigenes Unternehmen. Die Neuvergabe wird hier erst 2022 anstehen.

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norberrtstraße 3-5
D-45131 Essen

Geschäftsführung:

Marc Hütter, Dirk P. Lindgens

Chefredaktion:

Christian Seelos

Redaktion:

Philip Akoto, Rouben Bathke, Thorsten Czechanowsky, Stefanie Dierks, Gerwin Klinger, Mareike Lickfeld, Artjom Maksimenko, Alexander Stahl, Michaela Tix, Daniel Zugehör

Ständige redaktionelle Mitarbeit:

Dr. Heiko Lohmann, Steven Hanke

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Redaktionsanschrift:

Norberrtstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Joachimstaler Str. 20, D-10719 Berlin
Telefon: +49 30 364100-401

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516
Uwe Mark
Telefon: +49 201 1022-542
anzeigen@energate.de

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 179,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

In die Geschäftsführung werden nur die Stadt und die Stadtwerke Säckingen einen Vertreter senden. Energiedienst selbst werde nicht vertreten sein, so der Sprecher. Der Aufbau eines Vertriebes ist zunächst nicht geplant. Energiedienst und die Stadtwerke Säckingen seien in Schopfheim zum ersten Mal als Bietergemeinschaft angetreten, erläuterte der Sprecher. In der Stadt Wehr finde sich allerdings eine ähnliche Konstellation mit einer Minderheitsbeteiligung von jeweils 24,5 Prozent. Hier bewarben sich Energiedienst und Säckingen aber noch getrennt um eine Beteiligung der neu zugründenden Stadtwerke. /mt

Von Michaela Tix

STADTWERKE

VKU legt Leitfaden für Nachhaltigkeitsberichte vor

Berlin (energate) - Der Stadtwerkeverband VKU und der Rat für Nachhaltige Entwicklung haben einen Branchenleitfaden für Nachhaltigkeitsberichterstattung veröffentlicht. Der Leitfaden beruht auf dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex, einem anerkannten Rahmen für die Berichterstattung zu nichtfinanziellen Leistungen, teilte der VKU mit. Er solle Stadtwerke dazu anregen, sich systematisch mit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit ihres Unternehmens und der Energiewirtschaft zu beschäftigen. Der Leitfaden diene dabei als Unterstützung. Nachhaltiges Wirtschaften sei für die Unternehmen ein Wettbewerbsvorteil, sagte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche. "In immer mehr Ausschreibungen wird ein Nachweis über die sozialen und ökologischen Standards bei den Energieversorgern gefordert. Auch die kommunalen Aufsichtsgremien legen mehr Wert auf nachhaltiges Wirtschaften", so Reiche. Mit entsprechenden Nachhaltigkeitsberichten könnten die Stadtwerke somit ihr Engagement systematisch erfassen, nach außen dokumentieren und in der Kommunikation einsetzen.

An der Erarbeitung des Leitfadens haben neun kommunale Unternehmen mitgewirkt: Die Stadtwerke aus Hamm, Köln, Magdeburg und Osnabrück sowie die Energieversorgung Oberhausen, die Leipziger Gruppe, Trianel, Gelsenwasser und das Überlandwerk Groß-Gerau. /as

Von Alexander Stahl

BÖRSENGANG

Akasol-Aktie soll bis zu 125 Mio. Euro bringen

Darmstadt (energate) - Der hessische Batteriehersteller Akasol strebt an die Börse und erwartet eine starke steigende Nachfrage im Bereich Elektromobilität. Derzeit bereite das Unternehmen die Notierung seiner Aktien im regulierten Markt (Prime Standard) der Frankfurter Wertpapierbörse vor, teilte Akasol mit. Die Akasol GmbH werde zeitnah in eine Aktiengesellschaft mit dem Namen Akasol AG umgewandelt. Das Angebot bestehe demnach aus neu ausgebenen, auf den Inhaber lautende Stammaktien

ohne Nennwert aus einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage. Zudem beinhalte es die Platzierung einer geringen Anzahl von Aktien aus dem bestehenden Aktienbesitz des Mehrheitseigners, der Schulz Group, sowie der Aktionäre Felix von Borck, Stephen Raiser und Björn Eberleh. Zur Anzahl der Aktien macht das Unternehmen keine Angabe. Soweit sei der Prozess noch nicht fortgeschritten, erklärte ein Sprecher auf Nachfrage.

Akasol will den Nettoemissionserlös aus dem Verkauf der neuen Aktien zur Wachstumsfinanzierung durch den Ausbau der Produktionskapazität in Deutschland und den USA, zur Finanzierung von Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie für mögliche gezielte M&A-Aktivitäten verwenden. Agenturen berichten unter Verweis auf Insider von einem zu erwartenden Erlös zwischen 100 und 125 Mio. Euro. Dies gehe in die richtige Richtung, sagte der Sprecher auf Anfrage.

Die Schulz Group hält laut Akasol aktuell eine Beteiligung von 76 Prozent und bleibe nach Abschluss des Angebots Mehrheitsaktionärin. Der Akkuproduzent sieht eine starke Nachfrage durch "Megatrends" aufkommen. Diesen seien unter anderem eine steigende Bevölkerungszahl in den Städten, eine zunehmende Elektrifizierung durch Verkehrsbehörden und Fuhrparkmanager sowie der Klimawandel. /dz

Von Daniel Zugehör

HAUPTVERSAMMLUNG

Umweltorganisationen kritisieren Unipers Gasgeschäfte

Essen (energate) - Im Vorfeld der Hauptversammlung am 6. Juni werfen Umweltorganisationen und kritische Aktionäre dem Energiekonzern Uniper riskante Gas-Abenteuer vor. Mit seinem aktuellen Kurs gefährde das Unternehmen Umwelt und Menschenrechte, teilten Urgewald, der BUND NRW und der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre mit. Sie kritisieren zum einen den geplanten Bau eines Exportterminals für verflüssigtes Erdgas (LNG) an der kanadischen Ostküste, den Uniper durch langfristige Abnahmeverträge ermöglichen. Viele neue Gasquellen müssten dafür erschlossen werden, teilweise mittels der umstrittenen Fracking-Technologie. Zum anderen stören sich die Organisationen an langfristigen Abnahmeverträgen, die Uniper mit der staatlichen aserbaidjanischen Gesellschaft Socar abgeschlossen hat. Die Gasgeschäfte unterstützten das autoritäre Regime in Aserbaidschan dabei, seine Macht zu sichern.

Kritik richtet sich auch gegen den Weiterbau des Kohlekraftwerks Datteln 4. Den sollte Uniper mit Blick auf die Pariser Klimaziele endgültig absagen. Auf positive Resonanz stößt die Ankündigung des Energiekonzerns, strengere Kontrollen für seine Kohlelieferanten einzuführen. Uniper reagiere damit auf Kritik an Lieferbeziehungen mit Bergbaukonzernen im kolumbianischen Cesar, die im Verdacht stehen, in Mord und Vertreibung verwickelt zu sein. "Gut, dass Uniper das Problem endlich erkennt und angehen will", sagte Sebastian Rötters von Urgewald.

Eon will Showdown vertagen

Die erwartete Entscheidung über die Einsetzung eines Sonderermittlers wird voraussichtlich nicht auf der Hauptversammlung fallen. Wie das "Handelsblatt" schreibt, möchte Eon die Abstimmung darüber und über die Entlastung des Vorstands vertagen lassen. Mehrere Hedgefonds wollen überprüfen lassen, ob das Management mit seinem Verhalten im Rahmen der Fortum-Offerte zur Übernahme von Uniper dem Unternehmen geschadet hat. Eon, das sein Aktienpaket von 46,7 Prozent an Fortum abgibt, hat zur Hauptversammlung die Stimmrechte noch nicht übertragen. Werden die Abstimmungen vertagt, läge die Entscheidung über eine Sonderprüfung bei Fortum. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

PERSONALIE

Energy App Provider holt Accenture-Manager

Essen (energate) - Die Energy App Provider GmbH (EAP) hat einen neuen Geschäftsführer. Seit dem 1. Juni steht Daniel Kurth (45) mit an der Spitze des Unternehmens, teilte die Conenergy-Tochter mit. Er führt EAP zusammen mit Daniela Jost. Zuletzt habe Kurth als Director bei der Unternehmensberatung Accenture Digital beispielsweise den kundengerichteten Einsatz neuer digitaler Technologien gesteuert. Weitere Stationen waren unter anderem Leiter Strategie bei der Deutschen Bahn sowie Geschäftsführer des Carsharing-Unternehmens Sharegroup GmbH. Daniel Kurth sei ein erfahrener Manager mit Digitalisierungskompetenz, so Roman Dudenhausen, Vorstand der Conenergy AG. Mit ihm werde man die als Marktführer für Apps in der Energiewirtschaft ausbauen. /dz

Von Daniel Zugehör

Ministerium erwartet keinerlei Lücke

Im Bundeswirtschaftsministerium stößt der BDEW damit auf Ablehnung. "Ich sehe bis 2030 keinen Investitionsbedarf", sagte Kathrin Thomaschki, Referatsleiterin im Ministerium. Bis 2025 erwartet sie wegen der Überkapazitäten auf dem europäischen Strommarkt "keinerlei Lücke" in der gesicherten Leistung. Thomaschki bekräftigt die zuletzt immer wieder geäußerte Haltung des Ministeriums, dass Stromimporte die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleisten können. "Die Europäer sind sehr daran interessiert, uns den Strom zu liefern", sagte sie. Es sei überhaupt nicht im Sinne der EU, dass Deutschland im Alleingang gegen mögliche Blackouts vorsorge.

Die Möglichkeiten des Ausgleichs mit dem Ausland zweifelt der BDEW stark an. Nach Berechnungen des Verbandes lassen sich über die Nachbarländer maximal 5.000 MW ausgleichen. Schwencke warnte davor, dass die Bundesnetzagentur Mitte des nächsten Jahrzehnts geplante Stilllegungen von Kohlekraftwerken untersagen könnte, weil sonst die Versorgungssicherheit gefährdet wäre. Schon heute kann die Behörde, aus Gründen der Netzstabilität, angemeldete Stilllegungen verhindern.

Kritik an Übertragungsnetzbetreibern

Thomaschki übte in den Zusammenhang deutliche Kritik an den Leistungsbilanz-Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber und sprach ihnen die Aussagekraft ab. "Wir sind extrem unzufrieden mit den Leistungsbilanzen der Übertragungsnetzbetreiber", sagte sie. Diese würden die Import-Export-Potenziale unterschätzen. Außerdem kritisierte die Referatsleiterin die Annahme der Netzbetreiber, die erneuerbaren Energien würden keinerlei Beitrag zur gesicherten Leistung liefern. Für den Juli kündigte Thomaschki einen neuerlichen Bericht zur Leistungsbilanz an. Sie regte auch eine Debatte darüber an, welches Maß an Sicherheit künftig überhaupt noch notwendig sei. /sh

Von Steven Hanke

BIMSchG-PFLICHT

Koalition einigt sich bei EEG-Ausschreibungen

Berlin (energate) - Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD hat sich über eine Verlängerung der BImSchG-Pflicht für Bürgerenergieprojekte bei EEG-Ausschreibungen verständigt. Sie soll für weitere zwei Jahre gelten und schon bei der Ausschreibungsrunde am 1. August greifen, erfuhr energate aus Koalitionskreisen. Die Regelung soll noch in dieser Woche im Bundestag und dann am 8. Juni im Bundesrat beschlossen werden, heißt es. Die Bundesnetzagentur könne dann am 15. Juni die entsprechenden Unterlagen für die Ausschreibungsrunde am 1. August veröffentlichen.

Um Bürgerenergieprojekten die Teilnahme an den EEG-Ausschreibungen zu erleichtern, hatte die Bundesregierung ihnen Privilegien eingeräumt. So mussten sie keine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsgesetz (BImSchG) vorweisen. Zudem wurde ihnen



STROM

KOHLEAUSSTIEG

BDEW und Ministerium diskutieren Versorgungssicherheit

Berlin (energate) - Zum bevorstehenden Start der Kohlekommission befeuert der BDEW die Debatte um die Stromversorgungssicherheit. "Das sollte ein Thema der Kohlekommission sein", sagte Tilman Schwencke, BDEW-Bereichsleiter Strategie und Politik, beim Strommarkt-Symposium von Energy Brainpool in Berlin. Der Verband sorgt sich darum, dass angesichts von Atom- und Kohleausstieg in einigen Jahren zu wenig gesicherte Leistung zur Verfügung stehen könnte. Im Jahr 2030 ist laut Schwencke eine Unterdeckung von 20.000 MW zu befürchten. Deshalb sollte die Politik schon heute das Marktdesign überdenken, weil die nötigen Alternativen nicht über Nacht zu haben sind. Der BDEW hatte sich wiederholt für ein staatliches Anreizmodell für Investitionen, insbesondere in Gaskraftwerke, eingesetzt.

ein um zwei Jahre verlängerter Realisierungszeitraum zugestanden. Nachdem Bürgerprojekte bei den Ausschreibungen im Jahr 2017 aber fast alle Zuschläge erhielten, droht aufgrund des verlängerten Realisierungszeitraums eine Ausbaulücke im Jahr 2019. Die Windindustrie rechnet mit Verwerfungen und einem Fadenriss bei der Anlagenproduktion. Dem will die Bundesregierung mit der BImSchG-Pflicht für alle und zusätzlichen Sonderausschreibungen begegnen. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

UMFRAGE

Mittelstand faul beim Stromwechsel

Offenburg (energate) - Kleine und mittlere Unternehmen können jährlich durchschnittlich 1.730 Euro Stromkosten sparen, schrecken aber oft vor einem Wechsel zurück. Dies hat eine gemeinsame Studie der Energie-Einkaufsgemeinschaft "e.optimum" und dem Marktforschungsinstitut Splendid Research ergeben.

In einer Feldstudie analysierte die in Offenburg ansässige Einkaufsgemeinschaft das Einsparpotenzial von 1.392 Unternehmen mit einem Verbrauch zwischen 10.000 kWh und 6 Mio. kWh Strom in den beiden Jahren 2016 und 2017. Die Ergebnisse gingen hierbei deutlich auseinander und lagen zwischen wenigen 100 bis 80.000 Euro pro Jahr - je nach Branche und Verbrauchszeiten. Bei "vielen Unternehmen" sei eine Ersparnis von mehr als 10.000 Euro möglich, betont Eoptimum in einer Mitteilung. Das Unternehmen hat daraus ein Einsparpotenzial für den ganzen Mittelstand von mindestens 4,1 Mrd. Euro pro Jahr berechnet.

Wenig Wechsel und Wissensdefizite

Im Anschluss befragte das Institut 262 Energieentscheider aus kleinen und mittelständischen Unternehmen, die überwiegend (60 Prozent) Geschäftsführer sind. Demnach glaubten 75 Prozent der Entscheider, dass sie ihre Energiekosten weiter senken können, vor allem durch Verbrauchsverhalten und günstigere Energieanbieter. Knapp ein Viertel der Unternehmen geht davon aus, mindestens 5.000 Euro pro Jahr an Energiekosten sparen zu können. Allerdings sahen auf der anderen Seite 16,8 Prozent kein Einsparpotenzial.

An erster Stelle wollen die Unternehmen ihren Verbrauch senken, um bei ihrer Stromrechnung zu sparen. So gaben 6 von 10 der befragten Energieentscheider an, ihr Verbrauchsverhalten laufend zu optimieren. Auf die Frage, wo genau das möglich wäre, antworteten 70 Prozent "bei der Beleuchtung", über 60 Prozent allgemein "bei Geräten" und über die Hälfte nannte ein "besseres Energiebewusstsein bei der Belegschaft". Erst an vierter Stelle mit 48 Prozent wird der Strombeschaffungspreis genannt. Dies deckt sich mit den relativ niedrigen Wechselzahlen: Von den 262 Unternehmen haben nur 32 Prozent in den vergangenen zehn Jahren mehr als einmal ihren Anbieter gewechselt. 38 Prozent wechselten genau einmal, die restlichen 28 Prozent nie. Abgefragt wurde auch das Know-how über Stromsteuern und Umlagen, was deutliche Defizite zutage brachte. So gaben beispielsweise 11,5 Prozent an, eine reduzierte EEG-Abgabe zu zahlen, obwohl sie mit ihrem zu niedrigen Verbrauch dafür gar nicht infrage kommen. /mt

Von Michaela Tix

GAS & WÄRME

VERSORGUNGSLEITUNG

Baustart für Verbundtrasse Westeifel

Prüm (energate) - Der regionale Versorger Landwerke Eifel hat mit dem Bau seines Verbundnetzes Westeifel begonnen. Die integrierte Versorgungsstrasse enthält neben Erdgas- und Biogaspipelines auch Trinkwasser- und Glasfaserleitungen. Der gesamte Leitungsbau dauere voraussichtlich bis 2023 und erfolge in zahlreichen Einzelabschnitten, teilten der rheinland-pfälzische Netzbetreiber Kommunale Netze Eifel (KNE) mit, einer von acht kommunalen Partnern, die an dem Projekt beteiligt sind.

Integration von regional erzeugter Energie

Die neu entstehende rund 80 Kilometer lange unterirdische Nord-Süd-Trasse sowie die 45 Kilometer lange Ost-West-Trasse werde künftig vor allem regional erzeugte regenerative Energien einbinden, hieß es. So sollen etwa mehrere örtliche Biogasanlagen an das Netz angeschlossen werden. "Insbesondere die neue Rolle von Biogas als flexible Regelenergie, die zum Einsatz kommt, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint, biete Entwicklungschancen und Wertschöpfung für die ländlichen Räume der Großregion", kommentierte dies Landesumweltministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen). Das Umweltministerium Rheinland-Pfalz fördert das Vorhaben mit insgesamt rund 32 Mio. Euro.

Das Projekt, das nun in die Realisierungsphase geht, wird federführend von den in Prüm beheimateten Landwerken Eifel umgesetzt. Das Unternehmen ist seit Juli 2017 am Markt aktiv. Daran beteiligt sind neben den KNE die Stadtwerke Trier und Bitburg sowie die Verbandsgemeindewerke Speicher, Bitburger Land, Trier-Land, Irrel und Schweich. /ml

Von Mareike Lickfeld

L-GAS-FÖRDERUNG

Sicherheit der Groninger geht vor Versorgungssicherheit

Den Haag (energate) - Der niederländische Wirtschaftsminister Eric Wiebes sollte beim geplanten Ausstieg aus der Erdgasförderung die Sicherheit der Anwohner in Groningen über die allgemeine Versorgungssicherheit stellen. Das empfiehlt der Raad van State, der in den Niederlanden alle Gesetzesentwürfe prüft, bevor sie dem Parlament vorgelegt werden. Wiebes hat in dieser Woche den Kabinettsbeschluss zur Gasproduktion in Groningen der zweiten Kammer vorgelegt. Diese debattiert den Entwurf am Nachmittag des 7. Juni.

Der Wirtschaftsminister hatte angekündigt, die Erdgasproduktion so schnell wie möglich auf null herunterzufahren. Spätestens im Jahr 2030 soll kein Gas mehr in Groningen gefördert werden. Dafür setzt er beim Verbrauch an. Je weniger Gas benötigt wird, umso weniger muss noch gefördert werden. Das im Gesetz festgelegte Verfahren

sollte sicherstellen, dass die Förderung tatsächlich so schnell wie möglich beendet wird, schreibt der Raad van State. Dabei müsse Wiebes verschiedene Sicherheitsinteressen abwägen. Auf der einen Seite stehe das Interesse der Anwohner in den von Erdbeben betroffenen Regionen. Auf der anderen Seite stehen die Sicherheitsrisiken der Endkunden, die Gas für ihre Heizung oder zum Kochen benötigen. Vor allem die Interessen der schützenswerten Kunden wie Haushalte oder Krankenhäuser und Pflegeheime müssten hier berücksichtigt werden. Sie sollten als letzte von der Gasversorgung ausgenommen werden. Weniger schützenswert seien dagegen wirtschaftliche Interessen, auch wenn die Umstellung für Unternehmen die Gefahr von Stellenabbau und Insolvenzen mit sich bringt. Wiebes sollte sich in seiner Abwägung nur auf die beiden ersten Sicherheitsaspekte beziehen, empfehlen die Regierungsberater. /tc
Von Thorsten Czechanowsky

STREIT NACH URTEIL

Naftogaz nimmt weitere Gazprom-Aktiva ins Visier

Kiew (energate) - Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz will nach der Schweiz in zwei weiteren Staaten Zwangsvollstreckungen der Gazprom-Aktiva durchsetzen. Nachdem der russische Energiekonzern sich geweigert hatte, die Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts im Rechtsstreit zu akzeptieren und in Berufung ging, will Naftogaz die fälligen 2,6 Mrd. US-Dollar im Ausland eintreiben. Bereits am haben schweizerische Betriebsbeamte die Räumlichkeiten der Gazprom-Gesellschaften Nord Stream und Nord Stream 2 aufgesucht. Nun hat das zuständige Gericht in den Niederlanden ähnliche Zwangsvollstreckungen gegen sieben Gazprom-Töchter durchzuführen. Auch in Großbritannien darf Naftogaz nach den Aktiva des Konzerns greifen.

"Gazprom ruiniert seinen Ruf"

Naftogaz sieht sich im Recht: "Nachdem wir die zuständigen Gerichte angerufen haben, haben uns alle und sofort die Erlaubnis zur Beschlagnahme von Aktien und Vermögenswerten erteilt", sagte eine Naftogaz-Sprecherin auf energate-Anfrage. Gazprom ste-

he indes auf dem Standpunkt, dass die Anweisung des Schiedsgerichts nicht ausgeführt werden muss, solange die Berufung gegen da Urteil noch läuft. Das sei nicht der Fall, stellte die Naftogaz-Sprecherin klar. Indem sich Gazprom gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts wehre, deren verpflichtenden Charakter das Unternehmen selbst bestätigt habe, ruiniere der Konzern seinen Ruf in Europa nachhaltig, führte sie aus. Vonseiten Gazproms hieß es auf Anfrage erneut, dass dem Konzern keine offizielle Benachrichtigung von Naftogaz erhalten habe. Gazprom behalte sich vor, sich mit allen rechtlichen Mitteln gegen das Handeln von Naftogaz zur Wehr zu setzen. /am

Von Artjom Maksimenko



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

NEUE GESCHÄFTSFELDER

Rheinenergie: Innovationen als "Challenge"

Bonn (energate) - Stadtwerke-Konzerne haben für neue Geschäftsmodelle im Bereich der Smart City eine hervorragende Ausgangslage. Zugleich stehen sie in der Umsetzung aber vor einer Vielzahl von praktischen Hürden. Das machte Andreas Cerbe, Technikvorstand des Kölner Versorgers Rheinenergie, auf einer Tagung zur digitalen Energiewirtschaft in Bonn deutlich.

"Wir haben im Portfolio des Stadtwerkekonzerns eine Menge Bausteine, die uns helfen, die Stadt mit mehr Intelligenz auszustatten", sagte Cerbe und verwies insbesondere auf den Mobilitätssektor. Auch die Stadtführung räume der Zusammenarbeit unterhalb der einzelnen kommunalen Gesellschaften einen hohen Stellenwert ein. "Aber es gibt auch ein paar Hürden", fuhr Cerbe fort und nannte etwa die neue Datenschutzgrundverordnung, die zum Beispiel die Entwicklung von gemeinsamen Produkten behindere. "Da stehen wir erst am Anfang eines Prozesses", räumte der Rheinenergie-Vorstand ein.

Sagen Sie uns
die **Meinung?**

Wir wollen uns stets verbessern und freuen uns über Ihre Anregungen, Kritik oder Ideen.

Schreiben Sie an kundenservice@energate.de oder rufen Sie uns an: +49 201 1022 500.

ener|gate
messenger+
besser informiert.

www.energate-messenger.de

Kein Level-Playing-Field mit der Industrie

Eine Hürde bei neuen Geschäftsfeldern sieht Cerbe auch in den Vorschriften, denen kommunale Unternehmen durch die Gemeindeordnung unterliegen. "Das schränkt uns an vielen Stellen ein, sodass eigentlich kein Level-Playing-Field mit Industrieunternehmen existiert", beklagte er. Zugleich übte er sich aber auch in Selbstkritik: "Wir haben vielleicht gute Ideen, aber die Umsetzung, das Verkaufen und das Storytelling fällt uns doch an der einen oder anderen Stelle schwer." Cerbe räumte auch ein, dass es für etablierte Unternehmen wie Rheinenergie "durchaus eine Challenge" sei, sich auf Innovationen einzulassen. "Von unten, wo die guten Ideen herkommen, bis zur Vorstandsebene ist es ein harter Weg." Die Rheinenergie habe zur Förderung neuer Ideen in allen Bereichen "Innovationsbotschafter" benannt, die sich regelmäßig treffen und austauschen. Zudem benenne der Vorstand seinerseits "Suchfelder" für neue Ideen.

Ein Sonderfall unter den Innovationsbemühungen der Versorger stellt die Solardachpfanne dar, die der Versorger derzeit in Kooperation mit dem Ingenieurbüro Paxos entwickelt. "Wir haben das Technologiepaket mitsamt der Patente gekauft und bringen das Produkt nun in den Markt", so Cerbe. Es seien aber noch ein paar Schritte in der Produktentwicklung zu gehen, "und wir brauchen auch noch relativ viel Geld".

Auch Stadtwerke können Risikokapital einsetzen

Den Gedanken, zur Innovationsförderung einen sogenannten Accelerator einzurichten, hat der Vorstand der Rheinenergie indes verworfen. Cerbe verwies auf die Technischen Werke Ludwigshafen, die sich zuletzt im Streit um die Kosten ihres Accelerator-Programms von beiden Vorstandsmitgliedern getrennt hatten. "Mal eben mehrere Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, Ideen auszuprobieren und dann zu schauen, was zu Marktreife gebracht werden kann, ist halt schwierig", sagte Cerbe dazu. Es sei aber auch als Stadtwerk möglich, Risikokapital einzusetzen, betonte er. Dazu habe die Rheinenergie ein gewisses Budget. Der Vorstand müsse aber jedes einzelne Investment den Gesellschaftern vorstellen, dies sei ein gutes Regulativ. "Wir müssen aufpassen, dass wir

uns nicht verzetteln", sagte Cerbe mit Blick auf das weite Feld der Innovationsförderung. /rb

Von Rouben Bathke

UMFRAGE

Deutsche scheuen smartes Zuhause

Düsseldorf (energate) - Deutschlands Verbraucher scheuen den Kauf von sogenannten Smart-Home-Produkten. Ein zentrales Hemmnis ist offenbar die Angst vor Datenklau, lautet ein Ergebnis aus dem aktuellen "Trendmonitor Deutschland". In der repräsentativen Umfrage äußerten - je nach Produktgruppe - nur ein bis drei Prozent eine Kaufabsicht für die kommenden sechs Monate. Lediglich zwei bis vier Prozent der Befragten nutzen solche Geräte überhaupt. Neun bis 13 Prozent wollen sich zunächst informieren. "Der Weg in den Massenmarkt ist für Smart-Home-Angebote noch lang, von einem kurz bevorstehenden Boom kann keine Rede sein", so die Autoren.

Angst vor "digitalen Spionen"

Dabei ist das Interesse vergleichsweise groß. So interessiere sich mehr als jeder zweite Bundesbürger für die Technik. Hoch im Kurs stünden vor allem intelligente Heizungsanlagen, Assistenzsysteme für Ältere, fernsteuerbare Alarmanlagen sowie Multimedia-Fernseher. Allerdings sei die Angst vor "digitalen Spionen" ausgeprägt. 50 Prozent sähen eine "hohe Gefahr", von vernetzten Geräten "ausgespielt" zu werden. 32 Prozent bewerteten diese noch als "moderat". Für "unbedenklich" hielten nur 18 Prozent der Deutschen Smart-Home-Produkte.

In puncto Anbieter-Bekanntheit rangiert Eon als einziger Versorger in der Spitzengruppe auf Platz sieben, hinter Google, aber vor der Telekom. Am bekanntesten sei Amazon, dahinter Bosch und Samsung, Philips und Apple. Die Autoren heben hervor, dass Innogy als noch junge Marke schon bei 48 Prozent der Befragten bekannt sei. Kleine und teils auf Smart Home spezialisierte Anbieter, wie etwa Nest, Homematic oder Mydlink, täten sich hingegen schwer (4 % bis 6 %). /dz

Von Daniel Zugehör

Kennen Sie schon...

...www.energate-messenger.de?

Dort finden Sie viele weitere Energie-News, Marktdaten- und Recherchertools sowie ein Nachrichtenarchiv mit rund 90.000 Meldungen.

ener|gate
messenger+
besser informiert.

www.energate-messenger.de

Marktdaten

Mehr ständig aktualisierte Marktdaten mit Chart- und Downloadfunktion finden Sie online!

www.energate-messenger.de/markt

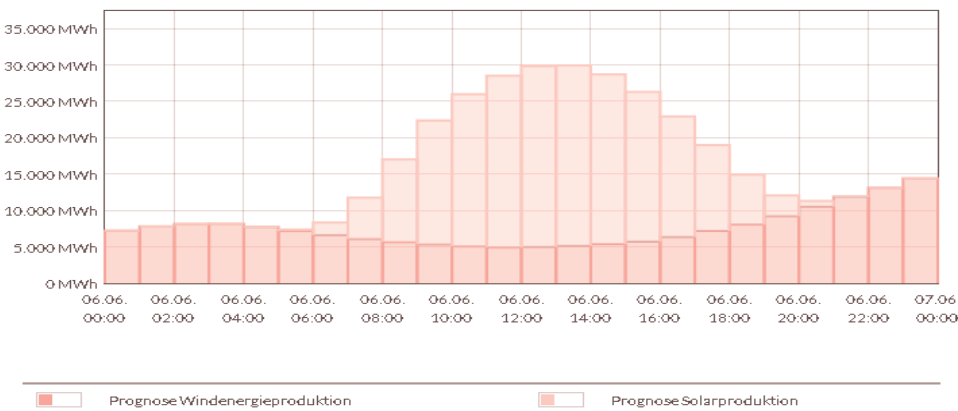
AKTUELLE KURSE AUF EINEN BLICK

Index	Kurs	+/-	+/- in %	Währung
EPEX Spot Day Base	49,69	2,85	6,08%	€/MWh
EPEX Spot Day Peak	53,35	2,14	4,18%	€/MWh
OTC-Strompreisindex Base	50,69	1,19	2,41%	€/MWh
OTC-Strompreisindex Peak	53,44	-0,30	-0,56%	€/MWh
OTC-TTF Day-Ahead	21,85	-0,30	-1,35%	€/MWh
OTC-NGC Day-Ahead	21,85	0,00	0,00%	€/MWh
OTC-GPL Day-Ahead	21,94	-0,33	-1,46%	€/MWh
CO ₂ -Allowances 2018	15,77	-0,36	-2,23%	€/Tonne
Global Coal Index	95,90	-0,15	-0,16%	\$/Tonne
Euro Referenzkurs	1,17	-0,01	-0,53%	€/€

Quelle OTC Daten: Spectron

ERNEUERBARE ERZEUGUNG AM 06.06. (PROGNOSE VOM 05.06., 11 UHR)

[Mehr Erzeugungsdaten online](#)



PROGNOSE FÜR DEN 07.06. (vom 05.06., 11 Uhr)

WIND

Minimum: 4.4 GW +/- 1.1 GW,
Maximum: 14.3 GW +/- 1.0 GW

SOLAR

Maximum: 22.4 GW +/- 1.9 GW

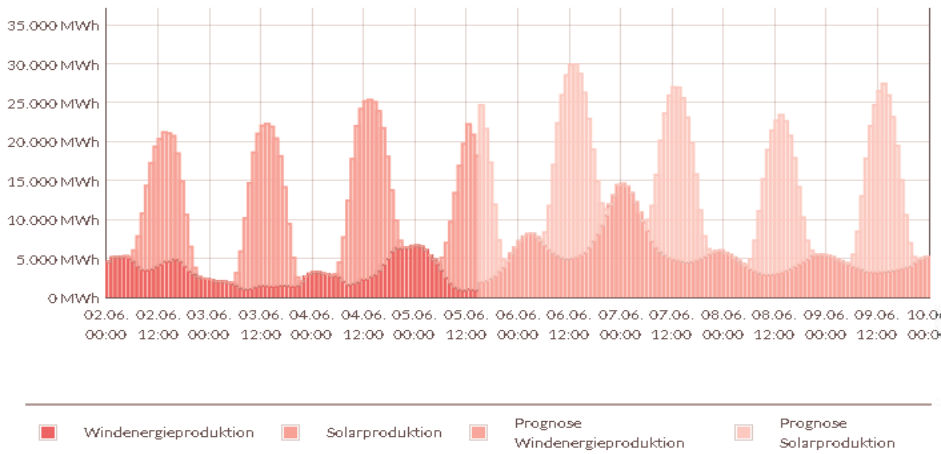
Anmerkung: Angegeben wird die prognostizierte Einspeisung von Strom aus Wind- und Solarenergie. Die Werte befinden sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 Prozent in dem angegebenen Intervall. Laufend aktualisierte Werte erhalten Sie bei UBIMET.



ERNEUERBARE ERZEUGUNG IM WOCHENÜBERBLICK (PROGNOSE VOM 05.06., 11 UHR)

[Mehr Erzeugungsdaten online](#)

Kombination der tatsächlichen Erzeugungsdaten laut EEX und der Prognose unseres Kooperationspartners UBIMET für heute und die nächsten vier Tage.

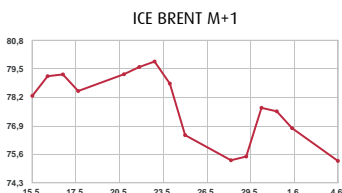


Tageswerte Wind- und Solarproduktion

Datum	Wind (MWh)	Fotovoltaik (MWh)
3. Jun.	39.886,50	189.479,50
4. Jun.	87.990,75	208.607,25
5. Jun.	79.989,41	191.550,20
6. Jun.	181.673,88	213.051,00
7. Jun.	174.297,44	189.256,50
8. Jun.	100.231,39	169.518,40
9. Jun.	96.825,18	198.740,10

Quellen: EEX-Transparenzplattform, UBIMET

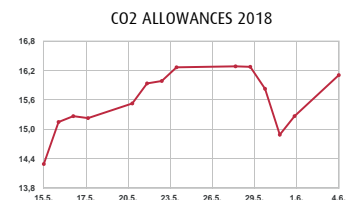
ÖL (\$/Barrel)



KOHLE (\$/Tonne)



CO₂ (€/TONNE)



EPEX Spot ➤ Mehr Details online

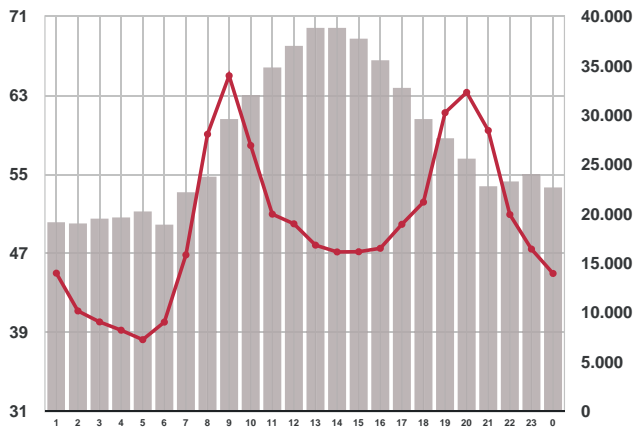
Stunde	Preis (Euro/MWh)	Stunde	Preis (Euro/MWh)
1	44,99	13	47,83
2	41,16	14	47,14
3	40,05	15	47,16
4	39,21	16	47,51
5	38,25	17	49,94
6	40,03	18	52,19
7	46,84	19	61,25
8	59,07	20	63,31
9	65,00	21	59,45
10	57,93	22	50,93
11	50,97	23	47,43
12	49,99	24	44,96

Strompreise Termin Börse (EEX) und OTC (Spectron)

Produkt	EEX		OTC			
	Base Settlement	Peak Settlement	Base Bid	Base Ask	Peak Bid	Peak Ask
Juli	45,65	54,59	45,80	45,85	54,65	55,50
August	43,35	51,12	43,70	43,90	51,00	52,00
September	-	-	-	-	-	-
Q3/18	45,10	53,68	45,30	45,40	53,50	54,00
Q4/18	47,58	61,28	47,10	47,50	61,00	61,20
2019	41,60	51,78	41,30	41,35	51,40	51,80
2020	39,20	49,63	39,10	39,20	49,35	49,70

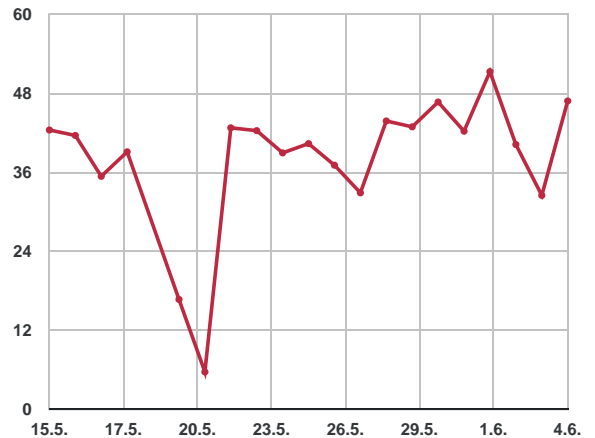
EPEX SPOT DE/AT STUNDENVERLAUF (Euro/MWh)

EPEX SPOT SPOTMARKT DE/AT



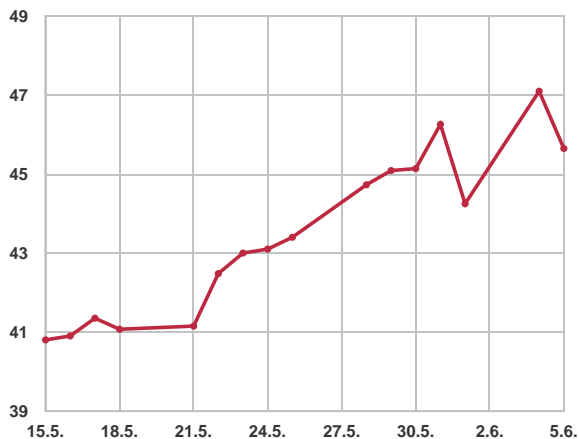
EPEX SPOT Day Base (Euro/MWh)

EPEX SPOT DAY BASE



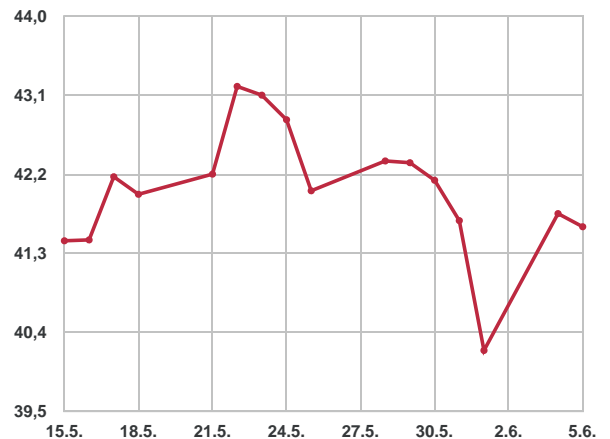
EEX TERMINMARKT DE/AT Frontmonat Base (Euro/MWh)

JUL 18 BASE (EEX)



EEX TERMINMARKT DE/AT Frontjahr Base (Euro/MWh)

JAHR 2019 BASE (EEX)



TERMINPREISE

➤ Mehr Gaspreise online

EEX | GAS-SPOTMARKT | LIEFERUNG

Handelspunkt	TTF		NCG		NCG Settlement	GPL Settlement
	Bid	Ask	Bid	Ask		
Juli	21,35	21,45	21,40	21,50	21,65	21,51
August	21,30	21,40	21,35	21,45	21,53	21,59
September	-	-	-	-	-	-
Q3/18	21,35	21,40	21,45	21,55	21,63	21,51
Q4/18	-	-	-	-	-	-
Winter 18	22,03	22,13	22,10	22,20	22,25	22,17
Sommer 19	18,50	18,60	18,60	18,70	18,94	18,89
2019	-	-	-	-	-	-
2020	19,75	19,85	20,00	20,10	18,62	18,52

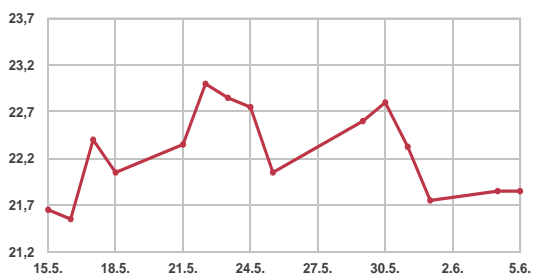
	Preis (Euro/MWh)
NCG Day-Ahead 1 MW	21,74
GPL Day-Ahead 1 MW	21,91
TTF Day-Ahead 1 MW	21,81

EGIX EUROPEAN GAS INDEX | 05.06.2018

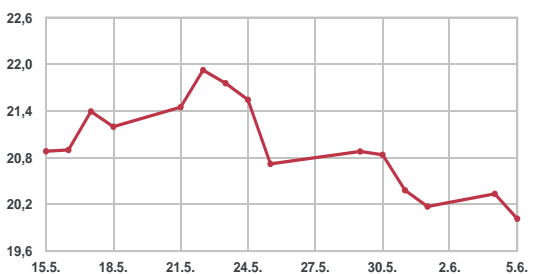
	Tagesmittelwert	Monatsmittelwert
NCG	21,65	22,20
GPL	21,98	22,16
Deutschland	21,81	22,18

GASPREISE NCG in Euro/MWh

NCG DAY AHEAD



NCG JAHR 2019

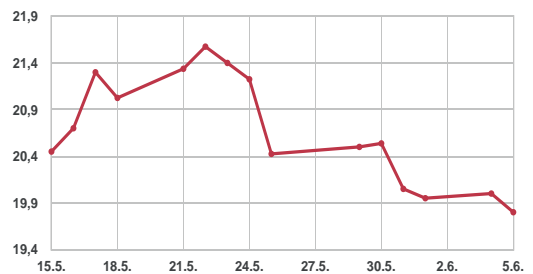


GASPREISE TTF in Euro/MWh

TTF DAY AHEAD



TTF JAHR 2019



Mehr ständig aktualisierte Marktdaten mit Chart- und Downloadfunktion finden Sie online!



STROM



GAS & ÖL



KOHLE & CO₂



WETTER & ERZEUGUNG



PFCS & PROGNOSEN



AUS-SCHREIBUNGEN



STROM



Das alte Kraftwerk Lichterfelde soll durch den Neubau ersetzt werden. (Foto: Vattenfall/Sabine Wenzel)

HINTERGRUND

Kraftwerke im Bau: Das GuD Lichterfelde

Berlin (energate) - Die BDEW-Kraftwerksliste aus dem April führte fünf Kraftwerke mit mehr als 20 MW auf, die noch in diesem Jahr ans Netz gehen sollten. Bereits jetzt steht aber fest, dass von den ursprünglich anvisierten 1.700 MW Kraftwerksleistung nur ein Bruchteil auch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden wird. Denn bei zwei der drei größten Kraftwerke auf der Liste verschiebt sich die Inbetriebnahme, zum einem beim Steinkohle-Kraftwerk Datteln, zum anderen beim Gasmotorenkraftwerk Kiel. Somit wird das Gas- und Dampfkraftwerk in Berlin-Lichterfelde von Vattenfall die größte Anlage sein, die in diesem Jahr voraussichtlich ihren Betrieb aufnehmen wird - ein Hintergrund.

Ziel: CO₂-Ersparnis

Das GuD-Kraftwerk Lichterfelde ist Bestandteil des Klimaschutzabkommens, das Vattenfall 2009 mit dem Berliner Senat abschloss. Es soll eine ältere Anlage am gleichen Standort ersetzen und somit jährlich 170.000 Tonnen CO₂ einsparen. Für die Anlage mit einer Leistung von 300 MW elektrisch und 230 MW thermisch investiert Vattenfall nach eigenen Angaben 500 Mio. Euro. Darin noch nicht enthalten sind die Mehrkosten, die sich durch die Verzögerung ergeben. Wie diese gedeckt werden, darüber muss sich Vattenfall noch mit seiner Generalunternehmerin, der Iberdrola, einigen.

Der Bau für das GuD-Lichterfelde startete vor ziemlich genau vier Jahren - im Mai 2014. Ursprünglich sollte das Kraftwerk bereits 2016 ans Netz gehen, jetzt peilt das Unternehmen den November 2018 an. Damit wäre Lichterfelde das erste Kraftwerk, das in diesem Jahr neu ans Netz geht. Alle technischen Komponenten sind bereits verbaut, nun werden noch die nötigen Vortests

durchgeführt, erläuterte ein Unternehmenssprecher. So müssten die technischen Einzelkomponenten wie Gasturbine und Dampfturbine, aber auch das Kraftwerk als Ganzes getestet werden. Vor einigen Wochen seien sämtliche Rohrleitungen aufwendig gereinigt worden. Und auch die Abnahme durch den TÜV stehe noch aus.

Räumliche Enge führt zu Verzögerungen

Für die Verzögerungen bei Kraftwerksbau macht Vattenfall die beengte Bausituation inmitten eines Wohngebietes verantwortlich. "Dieser Umstand stellt die Baustellenlogistik immer wieder vor Herausforderungen", teilte der Sprecher mit. So könnten Baumaßnahmen, die an anderer Stelle parallel stattfinden, hier nur zeitlich nacheinander durchgeführt werden, weil die engen Platzverhältnisse etwas anderes nicht zulassen. Größere Bauteile mussten vor Ort zunächst auf kleinere Fahrzeuge umgeladen oder vor Ort zwischengelagert werden, bevor sie an ihrem endgültigen Platz verbaut werden konnten. Zudem stellte der Bau der Neuanlage während des Parallelbetriebs der Altanlage eine weitere Herausforderung dar. Dies mache technische Abstimmungen erforderlich, die sonst entfallen.

Lesen Sie in der kommenden Woche unseren Hintergrund zu den beiden in Bau befindlichen Gasmotorenkraftwerken in Mainz und Wiesbaden. /sd

Von Stefanie Dierks

STUDIE

Mehr Erdgas zur Stromproduktion

Oxford (energate) - In den vergangenen drei Jahren ist der Erdgasverbrauch in der EU stetig gewachsen. Laut einer Studie des Oxford Instituts für Energiestudien belief sich der Erdgasverbrauch im Kraftwerkssektor 2017 auf 548 Mrd. Kubikmeter. Damit kommt es nach einem kontinuierlichen Rückgang der Erdgasnachfrage in Europa zwischen 2010 und 2014 zu einer Trendwende, so die britischen Wissenschaftler. Dies führt das Institut auf die Folgen des Kohle- und Atomausstiegs zurück. Diese Lücke haben die Erneuerbaren alleine nicht schließen können. Als weitere Gründe nannten die Studienautoren das kalte Wetter der vergangenen Jahre, der Umstieg von Öl- auf Gasheizungen in den Haushalten sowie die wachsende Konjunktur in Europa, insbesondere in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien.

Zugenommen hat auch der Gasverbrauch bei der Energieerzeugung. Die Stromproduzenten Europas haben seit 2015 immer mehr Erdgas eingesetzt. 2017 waren es mindestens 127 Mrd. Kubikmeter. In Spanien stieg der Verbrauch um 26,8 Prozent und in der Türkei um 26,3 Prozent. In Deutschland wurden allerdings lediglich 0,4 Prozent Erdgas verstromt. Insgesamt legte der Erdgasanteil am EU-Erzeugungsmix von 19,5 Prozent auf 21,2 Prozent zu. /am



Für die Zeag gehört die Quartiersentwicklung zu einem wichtigen neuen Geschäftsfeld. (Foto: Zeag Energie AG)

HINTERGRUND

Zeag setzt auf smarte Quartierskonzepte

Heilbronn (energate) - Der Heilbronner Energieversorger Zeag Energie AG hat das Geschäftsfeld Quartiersentwicklung für sich entdeckt. Ein großes Projekt im ehemaligen Bahnhofsviertel ist bereits abgeschlossen, ein zweites steht in den Startlöchern.

Deshalb erwartet das Unternehmen auch für das laufende Geschäftsjahr im Segment "Infrastruktur und Wärmeerzeugung" ein deutliches Wachstum. Auch soll das in dem Bereich verortete Projekt- und Anlagengeschäft weiter ausgebaut und zum Geschäftsschwerpunkt entwickelt werden. Man habe in den Sparten Beleuchtung, Trafoabsatz und -service sowie im Mieterstrom- und Wärmegeschäft "erhebliche Potenziale" eruiert, heißt es denn auch im kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht des Unternehmens.

Südbahnhof wird smartes Quartier

Im vergangenen Jahr hat die Zeag unter anderem ihre eigenen Gebäude und die Energieversorgung für das Projekt "Südbahnhof" fertiggestellt. Auf dem Areal des ehemaligen Bahnhofsgeländes mit einer Fläche von etwa 72.000 Quadratmetern entsteht ein neues innerstädtisches Viertel mit 350 Wohnungen, einem Ärztehaus und zwei Studentenwohnheimen. Bis 2019 sollen die Bauarbeiten dort abgeschlossen sein. Die Zeag ist bei dem Projekt nicht nur Bauherr zweier Gebäude, sondern beliefert auch das gesamte Quartier mit dezentral erzeugter Nahwärme. Die hierfür eigens erbaute Heizzentrale besteht aus zwei Blockheizkraftwerken (BHKW) und zwei Brennwertkesseln, die über dezentrale Übergabestationen die Wärme in die Gebäude bringen. Zudem gleichen Wärmemengenspeicher in den einzelnen Häusern den höheren Verbrauch in den Morgen- und Abendstunden aus. Neben den BHKW liefern

INHALTSVERZEICHNIS

Zeag setzt auf smarte Quartierskonzepte
Biogas-Anteil an Stromproduktion steigt nur langsam

Fotovoltaikanlagen auf den Gebäudedächern zusätzlichen Strom. Das Zeag-Konzept beinhaltet zudem weitere netznahe Dienstleistungen rund um das Thema "Smartes Quartier". Über eine Glasfaserverkabelung erhalten die Bewohner und Unternehmen schnelles Internet, Telefonie und Fernsehen. Auch erste Komfortfunktionen von der Rollladensteuerung bis zur Beleuchtungsschaltung seien möglich, hieß es weiter.

Zweites Projekt am Neckarbogen

Ein weiteres vernetztes Quartier errichtet die Zeag mit Partnern derzeit am "Neckarbogen". Bis zum Jahr 2035 entstehen dort mehr als 85.000 Quadratmeter Wohnfläche und über 38.000 Quadratmeter mit Gewerbeeinheiten. Die geplanten Wohngebäude erfüllen den KfW-55-Standard, die Gewerbegebäude den KfW-Effizienzhaus-70-Standard. Auch dieses Areal werde man energetisch und kommunikationstechnisch vollständig erschließen, so die Zeag. Hierzu nutzt das Unternehmen drei Energiezentralen mit jeweils einem Spitzenlastkessel und einer Wärmepumpe. Zusätzlich liefern Solarthermieanlagen auf den Dächern Energie für die Warmwasserbereitung. Die überschüssige solarthermische Wärme, die gerade im Sommer nicht von den dezentralen Wärmemengenspeichern in den einzelnen Häusern aufgenommen werden kann, wird in insgesamt drei saisonalen Wärmespeichern zwischengespeichert. Im Winter entziehen die Wärmepumpen den saisonalen Wärmespeichern diese Energie und liefern so die benötigte Heizwärme. Die Spitzenlastkessel kommen nur zum Einsatz, wenn die Wärmeenergie der Wärmepumpen und der Solarthermieanlagen nicht ausreicht. Somit sei eine nahezu vollständige Versorgung aus regenerativen Energien möglich, so das Unternehmen. Der erste Probetrieb der Heizzentrale sei bereits angelaufen, heißt es aus Heilbronn. /ml

Von Mareike Lickfeld

BIOENERGIE

Biogas-Anteil an Stromproduktion steigt nur langsam

Berlin (energate) - Im laufenden Jahr steigt die installierte Leistung von Biogasanlagen um 300 MW auf 4.843 MW. Das geht aus der aktuellen Erhebung des Fachverbandes Biogas (FVB) hervor, die den aktuellen Stand sowie die Prognose für 2018 erfasst. Die für die Stromproduktion tatsächlich relevante Leistung der Biogasanlagen in Deutschland steigt hingegen nur marginal um 20

MW auf 3.789 MW. Insgesamt werden die Biogasanlagen 2018 zu der gesamten Bruttostromproduktion in Deutschland rund 33. Mrd. kWh beitragen, so die Prognose des Verbandes. Außerdem rechnet der Verband noch mit rund zwölf Mrd. kWh Wärmeenergie, die außerhalb der Anlagen genutzt wird.

Verband fordert neues Ausschreibungsdesign

Zwar habe sich Biogas in einem energiepolitisch unsicheren Umfeld behauptet, jedoch liege "Viel Potenzial von Biogas für die Energiewende unter den aktuellen Rahmbedingungen noch weitgehend brach", so FVB-Hauptgeschäftsführer Claudius da Costa Gomez. Ohne sinnvolle Reformen im EEG sei die klimafreundliche Kopp-

lung von Strom- und Wärmeproduktion, wie sie Biogasanlagen bieten, mittelfristig in Gefahr, warnt er. "Nachdem die Bundesnetzagentur 2017 erstmals eine Ausschreibung für Bioenergie zur Stromproduktion aufgelegt hatte, müssen für kommende Ausschreibungsrunden dringend Reformen umgesetzt werden." Kommen die Reformen nicht, werde der Anlagenbestand durch fehlende Investitionsanreize sukzessive zurückgebaut, sagt da Costa Gomez. Reformen fordert der Verband auch mit Gülle vergären und nicht unter das EEG-Ausschreibungsverfahren fallen. Denn viele Anlagen dieser Art wären wirtschaftlich noch nicht realisierbar. Das stehe im Widerspruch zum Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung, der Güllevergärung erhöhen soll. /am

Von Artjom Maksimenko

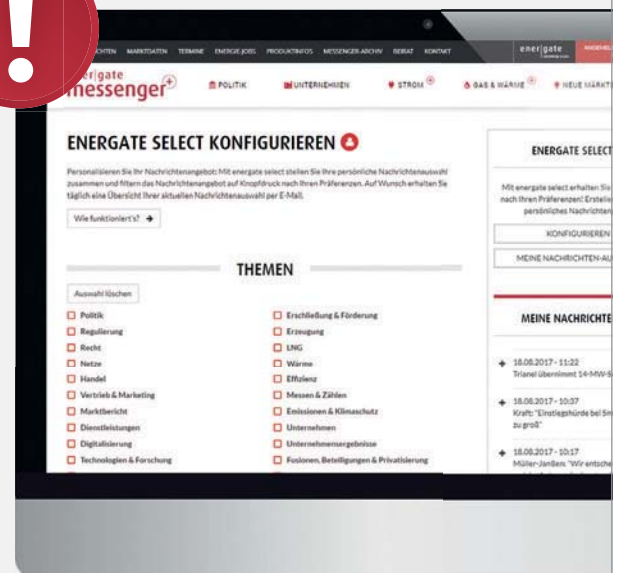
Wussten Sie schon,

...dass Sie mit Ihrem Abonnement auch **ener|gate select** nutzen können?

Filtern Sie das Nachrichtenangebot nach Ihren Präferenzen und erhalten Sie Ihre persönliche Nachrichtenauswahl täglich per E-Mail!

Jetzt **ener|gate select** einrichten

ener|gate
messenger⁺





 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN



Beim Verbundprojekt „AutoBatRec 2020“ geht es auch darum Batterien schonend zu zerlegen. (Foto: Daimler AG)

E-MOBILITÄT

Effizientes Batterie-Recycling für die Verkehrswende

Würzburg (energate) - Die E-Mobilität soll ein wichtiger Baustein bei der Dekarbonisierung des Verkehrs werden. Das internationale Verbundprojekt "AutoBatRec2020" (Automotive Battery Recycling 2020) soll helfen, das Recycling von E-Auto-Akkus auf ein neues Niveau zu heben, um so die Ökobilanz der E-Mobilität zu verbessern. Dabei sucht ein achtköpfiges Konsortium aus Wissenschaft und Wirtschaft unter Führung des Fraunhofer-Instituts für Silicidforschung ISC nach Wegen, die wertvollen Rohstoffe aus der Produktion bestmöglich im Wertstoffkreislauf zu erhalten. Als Industriekonzerne sind der Stuttgarter Automobilkonzern Daimler und der koreanische Technologiekonzern Samsung bei "AutoBatRec2020" mit an Bord. Ein Kernziel sei es, "eine funktionierende Recyclingkette für diese Traktionsbatterien auf Lithium-Ionen-Basis zu etablieren und essenzielle Wertstoffströme in Europa zu halten" und somit auch die Abhängigkeit der Industrie von Importen zu minimieren, teilte das Fraunhofer ISC mit.

Recycling-Verfahren neu kombinieren

Die Projektgruppe will das sogenannte End-of-Life-Management der E-Autoakkus stärker in Richtung Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu testen, analysieren und vergleichen die Forscher verschiedene Verfahren zu sämtlichen Schritten, die für eine Recyclingkette notwendig sind. Das beginnt bei der Logistik zum Sammeln der Altbatterien, erstreckt sich über verschiedene Methoden, diese in ihre Bestandteile zu zerlegen, bis hin zur Aufbereitung der Batteriematerialien und zur Wiederverwendung in neuen Batterien. Die ökologisch und wirtschaftlich effizientesten und rentabelsten Verfahrensschritte wollen die Forscher wiederum zu "ihrer Recyclingkette" kombinieren. "Darüber

hinaus entwickeln wir Konzepte für die Wiederverwendung von ganzen Batteriekomponenten - nicht nur den Materialbestandteilen - etwa für stationäre Anwendungen", erläuterte Andreas Bittner, Leiter New Business Development des Fraunhofer ISC.

Um den Effizienzgrad bei der Wiederverwertung hoch zu halten, strebt das Konsortium ein automatisiertes Demontageverfahren an. Auch die Rückgewinnung selbst bietet verschiedene Optimierungsmöglichkeiten. Neben mechanischen Zerkleinerungsverfahren wie dem Schreddern untersuchen die Wissenschaftler auch neue Verfahren wie die elektrohydraulische Zerkleinerung. In Kombination mit weiterentwickelter Sortiertechnologie will das Konsortium "eine sortenreine Rückgewinnung von verschiedensten Batteriematerialien" möglich machen, so das Fraunhofer ISC. Zentrale Herausforderung dabei sei die technische Vielfalt am Markt für Lithium-Ionen-Batteriesysteme: "In der Regel unterscheiden sich Aufbau, Zustand und Rohstoffgehalt der Altbatterien signifikant", so Bittner. "Informationen darüber liegen, wenn überhaupt, nur lückenhaft vor."

Risiken minimieren

Zum einen werde das Zerlegen der Altbatterien damit riskanter. Das gilt den Forschern zufolge auch, weil bei der Wiederverwertung zum Teil im Hochvoltbereich gearbeitet werden muss. Zudem stellen beschädigte Altbatterien für die Verwerter unter Umständen ein Gesundheitsrisiko dar. Solche Risiken, gleich an welcher Stelle im Verwertungsprozess, wollen die Forscher minimieren. Zum anderen gestalten sich damit die gewünschte Automatisierung schlicht komplexer. Gestartet ist "AutoBatRec2020" zu Jahresbeginn 2018. Angelegt ist das Projekt auf drei Jahre. Die EU fördert das Programm über das in Berlin ansässige Raw Materials Center des European Institute of Innovation and Technology (EIT). /pa

URBANE DATENSTRÖME

Rheinenergie beteiligt sich an Urban Software Institute

Bonn (energate) - Der Kölner Energieversorger Rheinenergie stärkt seine Kompetenzen bei der Entwicklung von intelligenten, urbanen Infrastrukturen. Dazu plant das Unternehmen eine Beteiligung an dem Start-up Urban Software Institute, wie Netzvorstand Andreas Cerbe auf einer Veranstaltung zur digitalen Energiewirtschaft in Bonn ankündigte. Weitere Details nannte er nicht. Die Urban Software Institute GmbH mit Sitz in Chemnitz berät Kommunen bei der Einführung von Smart-City-Konzepten und unterstützt sie insbesondere bei der Erhebung und Analyse von Daten. Zum Portfolio des 2012 gegründeten Start-ups gehören etwa Datenplattformen für die intelligente Verkehrssteuerung oder für die Analyse von Umwelt- und Klimadaten. /rb